Berlin 10. November 2026

Sozialstaat: Gerechte Finanzierung statt Sparen am Falschen

Der Sozialstaat bietet Sicherheit in unsicheren Zeiten. Er ist Stabilisator und zentraler Pfeiler unseres Gemeinwesens und unserer Demokratie. Um das Zutrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats zu stärken, braucht es eine leistungsfähige und nachhaltig finanzierte öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur. Ob alt oder jung, krank oder gesund, arbeitslos oder beschäftigt, mit oder ohne Beeinträchtigung – für unsere Gesellschaft sind soziale Leistungen und Angebote eine tragende Säule des Alltags. Mit dem Entwurf zum Bundeshaushalt 2027 schlägt die Bundesregierung erhebliche Kürzungen im Sozialstaat vor. Die im Sozialstaatsbündnis zusammengeschlossenen Organisationen appellieren an die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts zentrale sozialpolitische Aufgaben auskömmlich zu finanzieren.

Kürzungspläne schaffen Unsicherheit

Kürzen möchte die Bundesregierung u.a. bei den Zuschüssen zur Rentenversicherung und zur Krankenversicherung. Auch wichtige Leistungen zur Unterstützung von Menschen mit niedrigen Einkommen, von Familien und Kindern, zur Förderung sozialer Angebote sowie des Klimaschutzes und der Klimaanpassung sind betroffen. Beispielhaft für die erheblichen negativen Auswirkungen stehen die Pläne beim Wohngeld und im Klimaschutz.

Beim Wohngeld sind für die Jahre ab 2027 Kürzungen in Höhe von 45 Prozent geplant. Im Bundeshaushalt 2027 sollen dadurch rund 1,2 Milliarden Euro und 2028 rund 1,5 Milliarden Euro eingespart werden. Diese Pläne fallen in eine Zeit, in der viele Menschen auf Unterstützung angewiesen sind, darunter viele Familien mit Kindern und Rentner:innen. Angesichts steigender Energiekosten ist es besonders unverständlich, dass die Heizkostenkomponente halbiert werden soll. Insbesondere in unsanierten, fossil beheizten Gebäuden trifft dieses Vorhaben einkommensschwache Haushalte überproportional.

Die Kürzungen beim Wohngeld hätten weitreichende soziale Folgen, die die betroffenen Haushalte in Armut führen können und das Risiko von Wohnungslosigkeit erhöhen. Beim Wohngeld zu sparen, setzt beim Falschen an: Mindestens 380.000 Haushalte würden durch die Reform aus dem Wohngeldbezug herausfallen. Sie wären auf andere Sozialleistungen angewiesen oder müssten künftig ohne staatliche Unterstützung auskommen. Das eigentliche Problem, fehlender bezahlbarer Wohnraum, bleibt.

Die Auswirkungen der Klimakrise treffen vulnerable Gruppen wie Kinder, alte, kranke und pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderungen besonders. Soziale Sicherheit und Teilhabe hängen also auch von wirksamem Klimaschutz und -anpassung ab. Hier möchte die Bundesregierung Maßnahmen kürzen, umschichten und verschieben, die für eine sozial-ökologische Klima- und Mobilitätswende entscheidend sind. Statt zukunftsorientiert den sozial-ökologischen Wandel zu finanzieren, sollen Einnahmen aus dem Europäischen Emissionshandel nun zum Schließen von Haushaltslöchern genutzt werden. Ausgerechnet die Bereiche Gebäude und Verkehr sind am stärksten von den Plänen betroffen. Dabei ist hier der Handlungsdruck zur Erreichung der Klimaziele am größten und es bestünde das Potential, das Wohnen und die Mobilität vieler Menschen konkret zu verbessern.

Die geplanten Kürzungen widersprechen dem erklärten Ziel der Bundesregierung, Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, vor allem Familien mit Kindern, zu entlasten. Mit den vorgesehenen Einschnitten ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Stattdessen addieren sich die verschiedenen Sparmaßnahmen für viele Menschen zu einer spürbaren Mehrbelastung: Fallen für eine Familie der Kindersofortzuschlag und der Unterhaltsvorschuss weg, wird das Wohngeld gekürzt und entfällt zusätzlich der Entlastungsbetrag in der Pflege, fehlen ihr schnell mehrere Hundert Euro.

Es würde damit eine Sparpolitik fortgesetzt, die Frauen besonders hart trifft. Beispielhaft dafür stehen die geplanten Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss, die insbesondere Alleinerziehende belasten und bestehende Geschlechterungleichheiten verschärfen.

Kürzungspolitik ist wirtschaftlich schädlich

Die schwarz-rote Koalition setzt im Bundeshaushalt den Rotstift an. Ohne Verteidigungs- und Zinsausgaben schrumpfen die Staatsausgaben bis 2030 um insgesamt 17 Prozent. Die Haushaltskürzungen bei sozialen Sachleistungen, Verwaltung und Personal schwächen den Staatskonsum. Gleichzeitig belastet der Sozialabbau den privaten Konsum. Höhere Medikamentenpreise, teurerer Zahnersatz, höhere Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Pflege, Kürzungen beim Wohngeld und Unterhaltsvorschuss und die Streichung des Kindersofortzuschlags drosseln die Konsumausgaben. Bereits heute geben 40 Prozent unserer Bevölkerung weniger aus, da sie sich angesichts des drohenden Sozialabbaus Sorgen um ihre finanzielle Absicherung machen. Sobald die Kürzungen in Kraft treten, wird sich die Konsumzurückhaltung verschärfen.

Diese Sparpolitik ist wirtschaftlich schädlich. Sie gefährdet den aktuellen Aufschwung. Die geplanten Sozialkürzungen entziehen der Wirtschaft Nachfrage. Dadurch wird das Wachstum abgewürgt. Die Konjunkturflaute führt zu geringeren Steuereinnahmen. Am Ende wächst nur das Haushaltsdefizit. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts und sanierter Sozialkassen wird verfehlt. Dann droht ein zweites oder drittes Sparpaket. So entsteht ein Teufelskreis aus Kürzungen, schwachem Wachstum, sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Haushaltsdefiziten. Das gilt es zu verhindern. Wir brauchen eine sozial ausgewogene und konjunkturgerechte Haushaltspolitik, welche die wirtschaftliche Erholung stützt.

Mehr Gerechtigkeit für ein besseres Gemeinwesen

Ein gut ausgebauter Sozialstaat ist unverzichtbar und wir können ihn uns auch leisten. Hierfür muss die Finanzierung des Sozialstaates auf breite Schultern gestellt werden. Wer mehr hat, kann auch mehr beitragen. Sehr hohe Einkommen, Erbschaften und Vermögen müssen stärker besteuert werden. Wer behauptet, der Sozialstaat sei nicht finanzierbar, macht Politik für Wenige gegen die Interessen Aller.

Das ist nicht nur eine Frage der Finanzierung unseres Gemeinwesens. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wenn sehr hohe Erbschaften und Schenkungen durch die Begünstigung von Betriebsvermögen geringer besteuert werden als kleine Erbschaften, ist das ein Gerechtigkeitsproblem. Wenn die oberen zehn Prozent der Vermögenden in Deutschland mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens besitzen, ist das ein Gerechtigkeitsproblem. Wenn der Staat für klimaschädliche Subventionen, wie beispielsweise für das Dienstwagenprivileg, Milliarden ausgibt, die besonders reichen Haushalten zugutekommen, ist das ein Gerechtigkeitsproblem.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Wir haben alle Möglichkeiten für einen modernen, schützenden und zukunftsfesten Sozialstaat für uns alle und auch für die kommenden Generationen. Wer will, dass Menschen die bevorstehenden wirtschaftlichen und ökologischen Umbruchprozesse aktiv mitgestalten, statt sich ihnen entgegenzustellen, der muss für mehr und nicht für weniger Sozialstaat sorgen.

Mitzeichnende Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V.

AWO Bundesverband e.V.

Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

Deutscher Caritasverband e. V.

Deutscher Frauenrat

Deutscher Gewerkschaftsbund

Deutscher Mieterbund e. V.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.

Diakonie Deutschland Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.

IG Metall

Sozialverband Deutschland e.V.

Sozialverband VdK Deutschland e.V.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Volkssolidarität Bundesverband e. V.

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.